

Kopfschütteln über Bakom-Entscheid

Dem Regional-TV TeleBilingue droht das Aus. Das Bundesamt für Kommunikation erteilt dem Sender per 2025 keine neue Konzession mehr. Diese beinhaltet auch die Region Murten und Kerzers als Sendegebiet, wo der Entscheid mit Unverständnis aufgenommen wird.

Urs Haenni

Biel/Murten Das Bundesamt für Kommunikation hat entschieden, die Konzession für das Versorgungsgebiet Biel/Jurabogen neu an den Lokalfernsehsender Canal B zu vergeben. Der bisherige Anbieter TeleBilingue geht damit leer aus und muss in Zukunft auf den Anteil aus den Radio- und Fernsehgebühren verzichten.

Gegen den Entscheid kann bis Mitte Februar beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde eingereicht werden, präzisiert das Bakom. Die Besitzergruppe von TeleBilingue hat den Gang vor das Bundesverwaltungsgericht bereits angekündigt.

Ein Vierteljahrhundert auf Sendung

Für die Medienlandschaft im Seeland und den Berner Jura kommt dieser Entscheid einem Erdbeben gleich. Nachdem sich TeleBilingue in einem Ausscheidungsverfahren gegen TeleBärn und das Lysser «Loly TV» durchgesetzt hatte, ging das Bieler Regional-TV am 15. März 1994 auf Sendung und bietet nun sein Programm seit 25 Jahren an.

2008 hat TeleBilingue eine neue Sendekonzession erhalten, und diese umfasst neben dem Sendegebiet im Berner Seeland und dem Berner Jura explizit auch den Freiburger Seebezirk mit den Regionen Murten und Kerzers.

Regelmässige Beiträge aus dem Seebezirk

Die Abdeckung des Freiburger Seebezirks habe TeleBilingue sehr verantwortungsvoll wahrgenommen, bestätigen Behördenvertreter aus der Region. «TeleBilingue ist auf unserem Medienverteiler, und der Sender hat auch regelmässige Beiträge aus unserer Region gesendet», unterstreicht der Murtner Stadt-



Das Regional-TV TeleBilingue erhielt keine neue Konzession mehr.

Bild: Lis Eymann

schreiber Bruno Bandi. «Erst kürzlich hat TeleBilingue darüber berichtet, dass der Murtner Wochenmarkt nicht mehr stattfindet.»

«Für mich ist TeleBilingue ein Beispiel von gelebter Zweisprachigkeit», sagt die Murtner Stadtpräsidentin Petra Schlüchter (FDP). Der Sender interessiert sich stark für die Region Murten, und ein Sende-Aus würde sie extrem schade finden. «Der Bakom-Entscheid ist eine Katastrophe», so Schlüchter.

Petition gegen Entscheid läuft

TeleBilingue hat eine Woche nach dem Konzessionsentscheid eine Petition gestartet, mit welcher der Sender Bundesrat Albert Rösti, Vorsteher des eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, auffordert, den Entscheid zu überdenken. Innert zwei Tagen hätten

44 Persönlichkeiten das Anliegen unterstützt, schreibt der Sender in einer Mitteilung.

Auch die Murtner Stadtpräsidentin wurde angefragt, die Petition zu unterstützen. «Es war etwas zu kurzfristig», sagt Schlüchter. «Auch wenn ich persönlich das Anliegen unterstütze, hat die Zeit nicht gereicht, mich innerhalb des Gemeinderats mit allen abzusprechen. Aber die Mehrheit scheint gleicher Meinung zu sein wie ich.»

Das Geschehen in Kerzers verfolgt

In Kerzers hatte vor allem Erich Hirt als Gemeindegemeinsamer häufiger Kontakt mit dem Bieler Sender. TeleBilingue werde seiner Einschätzung nach von der Kerzser Bevölkerung regelmässig über das Kabelnetz geschaut, und das Interesse an Kerzers sei vergleichbar mit jenem am Bieler Tagblatt, schreibt

er in einer Stellungnahme. Hirt hebt hervor, dass es TeleBilingue gelinge, die Zweisprachigkeit voll umzusetzen, was auch für Freiburg ein Vorbild sein könne. «Die Gemeinde hat den Förderverein/Unterstützungsverein einige Jahre finanziell unterstützt», erinnert sich Erich Hirt.

Freiburger Staatsrat für TeleBilingue

Die Freiburger Kantonsregierung hatte sich im Rahmen der Vernehmlassung zum Konzessionsentscheid klar für die Bewerbung von TeleBilingue ausgesprochen, dies aufgrund der kulturellen und sprachlichen Nähe des mehrheitlich deutschsprachigen Seebezirks zur Region Biel. TeleBilingue sei sehr sensibel gegenüber der zweisprachigen Identität und sei in der Region stark verankert. Die Freiburger Kantonsregierung verweist auch auf die

Kulturagenda des Senders für das Sendegebiet.

In der Vernehmlassung hatten sich zudem die Stadt Biel, die Regionalorganisation Seeland-Biel/Bienne der 61 Städte und Gemeinden im Bieler Seeland, und das Forum für die Zweisprachigkeit für die Bewerbung des Bieler Senders ausgesprochen.

Anderer Zugang zur Zweisprachigkeit

Die Konzession 2025 bis 2034 sieht vom Bakom zusätzliche Abgabegelder von jährlich 480 000 Franken für den Sendeauftrag vor. TeleBilingue hatte angekündigt, dass dieser Betrag vollumfänglich ins journalistische Personal fliesse. Das trage der Zweisprachigkeit und den damit verbundenen Aufwänden Rechnung. Insgesamt geht es um Gebührgelder von 3,6 Millionen Franken.

Tatsächlich ist der Umgang mit der zweisprachigen Region

ein fundamentaler Unterschied zwischen den beiden Bewerbern TeleBilingue und Canal B.

TeleBilingue betreibt einen einzigen Sender mit einem durchgehend zweisprachigen Programm für die gesamte zweisprachige Region. Sämtliche Inhalte, insbesondere auch die täglichen News-Sendungen, gibt es in beiden Sprachen.

Der siegreiche Sender Canal B hingegen setzt auf zwei Kanäle mit verschiedenen zielgerichteten Programmen für die beiden Sprachregionen. Als Alternative wären auch zwei unterschiedliche Informations-sendungen auf einem Kanal denkbar. Für die Brückenfunktion zwischen den beiden Sprachregionen verweist Canal B auf das Sendegefäss «passerelle bilingue».

Ein technischer Entscheid

Der Entscheid des Bundesamts für Kommunikation bei Konkurrenzbewerbungen für eine Konzession stützt sich auf einen Leistungskatalog. Den Zuschlag erhält, wer den Leistungsauftrag besser erfüllt, und dafür wendet das Bakom eine möglichst in Zahlen messbare Evaluation an. In der Bewertung schneidet Canal B mit 1316,67 Punkten gegenüber TeleBilingue mit 1191,67 Punkten besser ab. 35 Prozent der Bewertung stützen sich auf Zahlen wie jene der Vollzeitstellen oder des Verhältnisses zwischen ausgebildeten und auszubildenden Programm-schaffenden. Zu 60 Prozent zählt der Programm-Output. Das eigentliche Programm kann in Minuten berechnet werden, wobei wöchentlich 150 Minuten eigenproduzierte Regionalinfor-mationsangebote sein müssen. (uh)

Auflösung von Feuerwehrverband verzögert sich

Eigentlich hätte der nicht mehr operative Feuerwehrverband Region Murten Ende letzten Jahres aufgelöst werden sollen.

Da der Rechnungsabschluss und eine Vereinbarung für Münchenwiler noch nicht vorliegen, verzögert sich diese Auflösung jedoch.

Urs Haenni

Murten Seit einem Jahr gibt es für den gesamten Seebezirk nur noch eine Feuerwehr mit fünf Ausrückstandorten, fünf Perimetern und knapp 300 Feuerwehrangehörigen. Die neue Struktur entspricht einem kantonalen Gesetz, und der neue Verband Feuerwehr See ist dem Verband der Gemeinden des Seebezirks angegliedert.

Noch immer aber existiert die Vorgängerorganisation, der Feuerwehrverband Region Murten, die das Fundament für den neuen Bezirksverband bildete. Eigentlich hätte der Feuerwehrverband Region Murten von den Gemeindevertretern an einer Delegiertenversammlung

am 22. November aufgelöst werden sollen. Die Versammlung wurde dann auf den 31. Januar verschoben, und nun teilt der Verband mit, dass die Versammlung abgesagt ist und ein neues Datum frühzeitig bekannt gegeben werde.

Sie könne heute noch nicht sagen, wann diese Versammlung stattfinden werde, so Verbandspräsidentin Katharina Thalmann-Bolz auf Anfrage. «Es wird wohl Frühling werden, damit wir alle Termine einhalten können.»

Neuer Verband hatte Vorrang

Damit der alte Feuerwehrverband aufgelöst werden kann, muss nicht nur die Delegierten-

versammlung, sondern dann auch jede Gemeinde einzeln diesem Schritt zustimmen. «Es ist sozusagen die umgekehrte Version einer Verbandsgründung», sagt Thalmann. Sie hofft, dass die Gemeinden an ihren Frühjahrsversammlungen, die meistens im Mai stattfinden, darüber befinden können.

Dass die Auflösung noch nicht geschehen konnte, hat gemäss Thalmann vor allem damit zu tun, dass diese Arbeiten sich mit der Bildung des neuen Verbands überschneiden. «Die Umstrukturierung der Feuerwehr im Bezirk ging sehr schnell. Wir haben die Priorität darauf gelegt, dass die Umsetzung bei der Feuerwehr auf dem Terrain reibungslos klappte.»

Um aber gleichzeitig einen neuen Verband einzusetzen und den alten aufzulösen, hätte es an personellen Ressourcen gemangelt, so Thalmann. Ein grosser Teil des Personals sei sowohl im alten als auch im neuen Verband beteiligt. Zudem hätten bisherige Personen neues Personal einführen müssen.

«Nicht zuletzt deshalb konnten die Jahresrechnungen 2022 und 2023 nicht per 31. Dezember abgeschlossen werden», sagt die Präsidentin. Noch seien nicht alle Zahlungen von Subventionen eingetroffen.

«Bevor der Verband aufgelöst werden kann, muss alles bis auf den letzten Franken abgerechnet sein», betont Thalmann. Sie stellte aber in Aussicht, dass

durch die Verzögerung für die Mitgliedergemeinden kein Nachteil entstehe. «Wir können das Budget ziemlich genau einhalten», sagte sie.

Vereinbarung zu Münchenwiler fehlt noch

Ein zweiter Punkt, der ebenfalls zur Verzögerung beigetragen hat, ist die spezifische Regelung für die bernische Enklave Münchenwiler. Bisher war Münchenwiler eine der Mitgliedergemeinden des Feuerwehrverbands Region Murten. Unter der Feuerwehr See, die sich nach einem kantonalen Gesetz richtet, kann aber keine ausserkantonale Gemeinde Mitglied sein, sondern es braucht dazu eine kantonsübergreifende Vereinbarung.

«Derzeit gibt es noch keine Vereinbarung zwischen den Kantonen Bern und Freiburg», erklärt Thalmann. «Die Vereinbarung ist immer noch in der Evaluation.» Beide Seiten stünden aber einer solchen Vereinbarung positiv gegenüber.

«Wir mussten der Gemeinde Münchenwiler klar machen, dass sie der Auflösung des alten Verbands zustimmt, auch wenn noch nichts Schriftliches über ihren zukünftigen Status vorliegt», sagt die Verbandspräsidentin. «Dies hat Münchenwiler nun anerkannt.» Das Wichtigste für Thalmann ist: «Die Serviceleistungen für Münchenwiler werden weiterhin zu 100 Prozent erbracht, auch ohne vorliegende Vereinbarung.»